

~~TOP SECRET~~
Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!



Die Rente ist sicher.
Für Pensionisten!

vom 07. Mai 2024.
Mit Claus von Wagner,
Max Uthoff,
Maike Kühl,
Abdelkarim und
Bodo Wartke.

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 07. Mai 2024

(Stand: 31.05.24 13:49 Uhr)

„Die Wirtschaftsgreisen im Altersheim“	3
„Die Rentenmaschine“	6
„Solo Maike Kühl“	15
Solo Bodo Wartke	16
„Die Beamtenbande“	16
„Finale“	36
Impressum	39

[Nach oben](#)

Stimmt das denn wirklich, was diese größenwahnsinnigen Besetzer da in der Anstalt verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern – und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig...

„Die Wirtschaftsgreisen im Altersheim“

Nein, das war ein, wie ich finde, gelungener, lockerer aber der Würde meines Amtes angemessener Spruch, der auf einen Besuch von Ricarda Lang bei Lanz anspielt, wo sie die Durchschnittsrente auf 2000 Euro geschätzt hat.

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Link: [zdf Heute](#)

Dabei liegt die (Durchschnittsrente) bei 1550 Euro, wenn man mindestens 35 Jahre eingezahlt hat. Weil das viele nicht schaffen, ist es tatsächlich deutlich weniger, vor drei Jahren bei Männern 1218 Euro! (...) Und bei Frauen nur 809 Euro!

Link: [zdf Heute](#)

Siehe auch Tabelle Institut Arbeit und Qualifikation Uni Düsseldorf

Link: [Institut Arbeit und Qualifikation](#)

Meine Partei möchte das Renteneintrittsalter flexibilisieren. Weg mit dem Verbot. Wie hat unser Fraktionschef Christian Dürr gesagt: Warum sollte ich jemandem verbieten, mit 70 oder 72 zu arbeiten? Das wäre ja geradezu verrückt.

Link: [Bild](#)

Das heißt, man kann jetzt schon länger arbeiten, wenn einen der Chef lässt? (...) Man kann Beiträge zahlen. Muss aber nicht. Der Arbeitgeber aber schon?!

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

[Nach oben](#)

Wir wollen auf jeden Fall die Altersvorsorge in Deutschland völlig neu denken und steigen mit dem sogenannten Generationenkapital erstmals ein in das Kapitaldeckungsverfahren.

Link: [Bundesministerium der Finanzen](#)

Warum ist man dann nicht bei der Kapitaldeckung geblieben? (...) Weil man es nie geschafft hat, ausreichend Kapital anzusparen! Die Kapitalreserven wurden immer wieder von Wirtschaftskrise, Inflation und Kriegen entwertet.

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Wir werden die 12 Milliarden Euro pro Jahr sicher und langfristig am Kapitalmarkt anlegen.

Link: [Süddeutsche Zeitung](#)

Ab 2037 wird die Rendite so hoch sein, dass wir damit die Beiträge für die Rente deckeln können.

Link: [Finanztip](#)

Link: [Bundesfinanzministerium](#)

Und wie finanzieren sie die Aktienrente? (...) Mit Schulden.

Link: [tagesschau](#)

Sind Sie nicht gegen das Schuldenmachen? (...) Nur wenn das Geld für sinnlose Dinge ausgegeben wird: wie Kindergrundsicherung.

Link: [tagesschau](#)

Hinter der Aktienrente steckt die Idee, dass die Gesellschaft reicher werden, könne, indem sie sich günstig verschuldet und in ertragreiche Finanztitel investiert. Mit diesen Profiten sollen die Renten finanzierbar gehalten werden. Aus Sicht von österreichischen Rentenexperten eine absurde Idee, die auf ökonomischen Fehlschlüssen beruht.

Link: [A&W Blog](#)

Was ist denn Ihre Anlagestrategie für die Aktienrente?! (...) Nun, das mache ja nicht ich, dass übernimmt KENFO.

Link: [SPIEGEL](#)

[Nach oben](#)

DIE ANSTALT

Der KENFO macht Ihre Rente fit für die Zukunft, indem er das Geld breitgestreut in Unternehmen auf der ganzen Welt anlegt, wie Sie dieser Power Point Präsentation ent..

Link: [KENFO](#)

Der investiert also in Shell, BP, Total, Nestlé...?

Link: [Blätter](#)

Siehe Portfolio [KENFO](#)

KENFO investiert auch in AirBnB und Vonovia... also Unternehmen, die ihr Geld damit verdienen, Mietpreise zu erhöhen.

Link: [KENFO](#)

KENFO investiert ja nicht nur am Aktienmarkt, sondern 30% fließen auch in alternative Anlageklassen (...) Alternativ bedeutet in dem Fall: Private Equity, Private Debt, Immobilien.

Link: [JACOBIN](#)

Link: [KENFO](#)

Unternehmen, die in Besitz von Private-Equity-Firmen sind, geben 15 Prozent weniger für Personal aus. Oaktree z.B.! Als die die Pflegeheimkette „Pflegen & Wohnen“ übernommen hat, gab's für die Angestellten keine Tarifverträge mehr und keine Lohnerhöhungen. Nach einem Jahr haben sie die Bude dann weiterverscherbelt an Deutsche Wohnen!

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

Link: [JACOBIN](#)

Ja, Sie kriegen weniger Lohn, müssen aber von dem weniger Lohn weniger Beiträge bezahlen, denn Dank der Aktienrente wird ihr Beitrag bis zum Jahr 2045 nicht um so viel steigen.

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

[Nach oben](#)

„Die Rentenmaschine“

Ich brauche nämlich ein bisschen mehr zum Leben als diese 48%, die mir die Bundesregierung eingeschenkt hat.

„Mit der geltenden Rentenanpassungsformel liegt das Rentenniveau 2024 bei 48,15 Prozent. Das bedeutet, dass Rentner, die 45 Jahre gearbeitet und ein Durchschnittsgehalt bezogen haben, heute eine Rente in Höhe von knapp 48,15 Prozent des aktuellen Durchschnittsgehalts bekommen.“

Link: [noz](#)

Link: [Allianz](#)

Wir sind die zwei Arbeitnehmer, die einen Rentner finanzieren!

Aktuell stehen einem Altersrentner rund zwei Beitragszahler gegenüber.

Link: [DEMOGRAFIE PORTAL](#)

Umlageverfahren heißt, du kriegst am Ende auch mehr Rente! Wenn du mehr einzahlst, erwirbst du selbst höhere Rentenansprüche im Alter.

„Umlagefinanzierung → ein Finanzierungssystem, bei dem die durch Beiträge aufgebracht Mittel sogleich in die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen umgelegt werden.... In der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet Umlageverfahren, dass die Beitragszahler nicht einen Kapitalbestand für ihre eigene Rente aufbauen wie beim Kapitaldeckungsverfahren (siehe dort), sondern die Bezüge der aktuellen Rentenbezieher finanzieren. Sie erwerben nur einen Anspruch auf eine spätere eigene Rente.“

Link: [Bundeszentrale für politische Bildung](#)

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

„Die Alterssicherung in der Bundesrepublik beruht auf dem Kerngedanken, dass ein Erwerbstätiger, der in jedem Jahr durchschnittlich verdient und dementsprechend Beiträge in die Rentenkasse abführt, am Lebensabend ebenfalls eine durchschnittliche Altersrente erhalten soll.

Arbeiter:innen mit höherem oder geringerem Entgelt stehen in dem Konzept vor und nach dem Eintritt in den Ruhestand an unveränderter Position in der Einkommenshierarchie. Um dies zu gewährleisten, sammeln die Arbeiter:innen während ihres Erwerbslebens „Entgeltpunkte“, wobei ein Durchschnittsverdiener jährlich einen Entgeltpunkt erwirbt.

[Nach oben](#)

Individuelle Einkommensabweichungen schlagen sich in gleicher Proportion in den erworbenen Entgeltpunkten nieder: Wer vom halben Durchschnittslohn lebt, bekommt folglich nur einen halben Entgeltpunkt.“

Link: [Wirtschaftsdienst](#)

Ich zahle gar keine 9,3%, sondern gemessen an dem, was ich verdiene... 4,2 Prozent. Das liegt an der Beitragsbemessungsgrenze. In Deutschland zahlen Sie maximal 702,15 Euro Rentenbeitrag im Monat - ganz egal ob Sie 10, 20 oder 50.000 Euro verdienen!

Der Beitrag zur Rentenversicherung für Arbeitnehmer im Jahr 2024 beträgt 9,3 Prozent des monatlichen Bruttolohns.

Link: [Allianz](#)

Link: [Stiftung Warentest](#)

Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung steigt 2024 auf monatlich 7.550 oder jährlich 90.600 Euro. Das heißt alle Einkommen, die höher sind zahlen nicht mehr 9,3% vom Bruttolohn, sondern einen fixen Beitrag. Der prozentuale Anteil des Rentenbeitrages am Lohn wird also immer kleiner.

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Im Osten €100 weniger im Monat

Link: [Allianz](#)

„Wenn Ihr monatliches Gehalt in den alten Bundesländern (West) über 7.550 Euro liegt, werden Ihnen als Arbeitnehmer monatlich maximal 702,15 Euro Rentenversicherungsbeitrag vom Bruttogehalt abgezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze Ost beträgt 7.450 Euro im Monat oder 89.400 Euro im Jahr. Liegt Ihr monatliches Gehalt in den neuen Bundesländern (Ost) über 7.450 Euro, werden Ihnen als Arbeitnehmer monatlich maximal 692,85 Euro Rentenversicherungsbeitrag vom Bruttogehalt abgezogen.“

Link: [Allianz](#)

[Nach oben](#)

Aber es gibt ne Umfrage, da sagen 70% der jungen Arbeitnehmer, dass sie für mehr gesetzliche Rente auch mehr einzahlen würden...

Um das gesetzliche Rentensystem zu stabilisieren und für höhere Renten zu sorgen, würde ein Großteil der Bevölkerung ggf lieber höhere Rentenbeiträge zahlen als noch später in Rente zu gehen. Befragte zwischen 18 und 39 Jahren tendieren mit 70 Prozent sogar besonders häufig zu höheren Beiträgen.

Link: [Deutscher Gewerkschaftsbund](#)

Link: [TAGESSPIEGEL](#)

Wenn Sie den Rentenbeitrag erhöhen, dann erhöht sich auch automatisch der Rentenbeitrag des ArbeitGEBERS, der ja die andere Hälfte zahlt. Diese höheren Sozialabgaben zwingen dann den ArbeitGEBER dazu Leute zu entlassen und dann gibt es noch weniger Arbeitnehmer, die die Beiträge einzahlen können.

18,6 Prozent (9,3 Prozent Arbeitgeberanteil und 9,3 Prozent Arbeitnehmeranteil; bei geringfügiger Beschäftigung (Minijob) im gewerblichen Bereich oder im Privathaushalt abweichend).

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Arbeitgeber warnen die künftige Regierung davor, dass rapide steigenden Sozialabgaben zulasten von Arbeitsplätzen gehen würden.

Link: [FOCUS](#)

Die hohen Unternehmenssteuern und Sozialabgaben sind oft der Hauptgrund der Investoren, Deutschland als neuen Markt auszuschließen.

Link: [Online Lehrbuch BWL](#)

Wer Wohlstand für die Bürger sichern will, muss jetzt bei den gewaltigen Sozialausgaben ansetzen, fordert die WELT.

Link: [Welt](#)

[Nach oben](#)

In Österreich zahlt der Arbeitnehmer einen höheren Rentenbeitrag als wir. Sie denken wieder nur an die Arbeitnehmer, aber WAS ist mit den ArbeitGEBERN?! ... Die zahlen da einen NOCH HÖHEREN Beitrag

Die Beiträge zur österreichischen Rentenversicherung („Pensionsversicherung“) betragen 22,8 Prozent Ihrer sozialversicherungspflichtigen Einkünfte aus Erwerbstätigkeit (bis zur Höchstbeitragsgrundlage). 12,55 Prozent davon zahlt Ihr Arbeitgeber. Ihr Arbeitnehmeranteil von 10,25 Prozent wird direkt vom Bruttoentgelt abgezogen.

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Link: [Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut](#)

Der Beitragssatz liege seit 1988 unverändert bei 22,8 Prozent, wobei die Arbeitgeber für 12,55 Prozent aufkommen, die Arbeitnehmer für 10,25 Prozent.

Link: [WSI](#)

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

Zu einer höheren Rente. Hier: Statt 48% - 77,6%!

„Seit der Jahrtausendwende ist das Rentenniveau in Deutschland aufgrund politischer Entscheidungen gesenkt worden – **derzeit liegt es bei 48 Prozent**. Das bedeutet jedoch nicht, dass du als Rentner*in 48 Prozent deines letzten Lohns als Rente bekommst. Es handelt sich um einen statistischen Wert, der die Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung beschreibt. Ganz einfach gesagt: Das Rentenniveau zeigt an, wie viel Rente ein*e Durchschnittsrentner*in nach 45 Arbeitsjahren im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen erhält.“

Link: [Deutscher Gewerkschaftsbund](#)

„Wenn jemand in Österreich 45 Jahre lang das Durchschnittseinkommen verdient hat und dann zum Regelpensionsalter, also abschlagsfrei, mit 65 Jahren in Rente geht, dann bekommt er 77,6 Prozent Rentenniveau“, erklärt Türk.

Link: [DERWESTEN](#)

Der Österreicher Erik Türk ist Rentenexperte bei der Arbeiterkammer in Wien

Link: [Arbeiterkammer Österreich](#)

Link: [Wirtschaftsdienst](#)

[Nach oben](#)

Das österreichische Rentenniveau von 77,6 Prozent bezieht sich auf den durchschnittlichen Bruttolohn. Das Deutsche Rentenniveau von 48% auf den Bruttolohn nach Abzug der Sozialbeiträge genannt „Netto vor Steuern“.

Rechnet man das österreichische Rentenniveau auch auf diese deutsche Größe um beträgt das Rentenniveau in der Alpenrepublik „netto vor Steuern“ sogar knapp 90 Prozent.

Aber zu welchem Preis? Zu einem höheren. Österreich leistet sich den doch auch und die Wirtschaft ist meines Wissens nicht grade kollabiert.

Österreichs Rente gilt als nachhaltig finanziert, trotz deutlich höherer Leistung. Das sagt die Europäische Kommission und eine Studie der Boeckler-Stiftung.

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

Bundeszuschuss zur Rente... Ich zahle doch schon ein 20% meiner Haushaltsmittel in die Rente ein.

Rund jeder fünfte Euro des Bundeshaushaltes wird für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung genutzt. Eine beeindruckende Zahl. Welchen Zielen dienen diese Mittel und wie haben sie sich entwickelt?

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

36,84 % des Bundeshaushaltes fließen in das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Link: [Bundeshaushalt](#)

72,46% dieses Budgets in die Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Link: [Bundeshaushalt](#)

Die Bundeszuschüsse dienen überwiegend der sachgerechten Finanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen wie z.B. der „Mütterrente“; Hinterbliebenenrente, Renten z.B. für Spätaussiedler

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

In den Sechzigern standen hier oben noch 6 Arbeitnehmer, jetzt sind es nur noch diese kümmerlichen zwei. In sechs Jahren sind es nur noch eineinhalb pro Rentner.

Link: [Statista](#)

[Nach oben](#)

Wenn wir so viele Frauen in Arbeit hätten, wie in Schweden, wäre der demografische Wandel so gut wie kein Problem mehr.

„Die deutsche Gesellschaft altert. Die ökonomischen Folgen sind aber beherrschbar. Das betrifft auch die sozialen Sicherungssysteme wie die Rentenversicherung. Der Schlüssel dazu liegt in einer besseren Erwerbsintegration: Vor allem die Erwerbstätigenquoten von Frauen und Migranten müssten steigen. Wenn Deutschland bis 2050 eine Erwerbsbeteiligung erreicht, wie Schweden sie bereits heute hat, wäre der weitaus größte Teil des „demografischen Problems“ gelöst.“

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

„Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Frauen ist in Schweden im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der EU hoch: es sind 78%, während der Durchschnitt in den anderen Mitgliedstaaten der EU 57,3% beträgt, und nahezu die Hälfte der schwedischen Arbeitskräfte sind Frauen.“

Link: [Europäisches Parlament](#)

Meine Riester-Rente... Da liegen ja nur 132 Euro drin? Sagen Sie mir: das ist pro Tag! (...) Sie liegen da übrigens genau im Durchschnitt! Ein Drittel der Riester-Sparer bekommt sogar weniger als 40 Euro im Monat.

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

„Die Riester-Rente ist eine zusätzliche private Altersvorsorge, die vom Staat mit Zuschüssen und Steuererleichterungen gefördert wird. So soll zum privaten Sparen angeregt werden. Um die wachsende Rentenlücke auszugleichen, gibt der Staat seit 2002 zu privaten Riester-Renten-Verträgen staatliches Geld dazu.“

Link: [FINANZWEDE](#)

„... erste Riester-Auszahlungsstatistik des Bundesfinanzministeriums den Versicherten im Alter im Schnitt nur 132 Euro im Monat. Der Finanz- und Versicherungsmathematiker Axel Kleinlein fasst die Situation gegenüber ntv zusammen: „Die Zahlen des Finanzministeriums zeigen, dass die Riester-Rente nur zu einem mickrigen Taschengeld führt.“

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

[Nach oben](#)

„In konkreten Zahlen: Wer 2022 eine Riester-Rente bezog, erhielt durchschnittlich 132 Euro Monatsrente ausgezahlt. Die durchschnittliche Jahresrente betrug 1.581,12 Euro. Die Auszahlungsstatistik zeigt auch, dass 80,4 Prozent der Betroffenen weniger als 2.000 Euro pro Jahr erhalten. Und fast ein Drittel aller Riester-Sparer erhält weniger als 40 Euro im Monat.“

Link: [Versicherungsbote](#)

Tabelle 4

Link: [Bundesministerium der Finanzen](#)

Die Gebühren für meinen Riestervertrag übersteigen ja das, was ich an Rendite bekomme! Von 100 Euro, die ich zahle, greifen sich die Finanzfuzzis fast 25 Euro ab. Da zahle ich ja am Ende drauf. (...) Nicht unbedingt! Das kommt darauf an, wann das Ende kommt! Wenn Sie etwa hundert Jahre alt würden...

Wer 30 Jahre lang spart, muss im Modellfall bei den meisten Angeboten zwischen 20 und 38 Prozent für Kosten abgeben. Für die Altersvorsorge steht dieses Geld nicht mehr zur Verfügung. Noch schlimmer sieht es bei den Kosten aus, wenn Sparer vorzeitig aussteigen

Link: [FINANZWEDE](#)

„Bei einer durchschnittlichen Riester-Versicherung mit 30 Sparjahren gehen im Schnitt 24 Prozent der eingezahlten Gelder für Gebühren drauf - also fast jeder vierte Euro. Jede dritte Riester-Police vereinnahmt sogar 30 Prozent für Gebühren. Diese setzen sich aus Provisionen, Millionengehältern der Vorstände, Werbung und Renditen für die Aktionäre zusammen.“

Link: [tagesschau](#)

Link: [FINANZWEDE](#)

Seit Einführung der Riester-Rente zum 1. Januar 2002 steht diese Form der staatlichen geförderten privaten Altersvorsorge in der Kritik. So werden beispielsweise die hohen Verwaltungs- und Abschlusskosten und die Intransparenz der Verträge kritisiert.

Link: [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung](#)

[Nach oben](#)

Da zahle ich ja am Ende drauf...Nicht unbedingt! Das kommt darauf an, wann das Ende kommt! Wenn Sie etwa hundert Jahre alt würden...

„Riester- und Rüruprente sollten Sie nur abschließen, wenn Sie mindestens 100 Jahre alt werden wollen. Denn die weit überwiegende Zahl der Verträge schafft über die Gesamtlaufzeit keine Rendite von zwei Prozent – und damit nicht einmal den realen Kapitalerhalt. Das zeigt eine aktuelle Studie des Verbrauchervereins Finanzwende. Sie wurde vom Versicherungsmathematiker Axel Kleinlein durchgerechnet, der lange Jahre Chef beim Bund der Versicherten war.

Bei den wenigen Policen, die demnach eine Realrendite abwerfen, müssten Kunden 99 oder 100 Jahre alt werden, um sie einzustreichen. „Kein einziges Riester-Renten-Angebot erreichte eine Gesamtverzinsung von 2 Prozent“ und schaffe es, „dass die Kunden am Vertragsende real keine Verluste erleiden“, fasst Finanzwende-Expertin Britta Langenberg zusammen.“

Link: [Capital](#)

Link: [FINANZWENDE](#)

Man hat mich damals quasi durch eine Rentensenkung gezwungen, zu riestern und jetzt zahle ich am Ende drauf.

Die Verbesserung der Generationengerechtigkeit wurde ein zentrales Ziel des Rentenreformgesetzes 2001. Ihre Verwirklichung wurde in einer strukturellen Verschiebung im Alterssicherungssystem gesehen: Betriebliche und private Vorsorge sollen einen größeren Teil der Altersvorsorge übernehmen. Das Leistungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung (und in der Beamtenversorgung) wird dagegen reduziert. ...Eine neue Rentenanpassungsformel, die eine Senkung des Rentenniveaus bewirken soll.

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

Warum hat Gerhard Schröder den Scheiß eigentlich „Jahrhundertreform“ genannt?

Ex-Bundeskanzler bezeichnete die Riester-Rente einst als „Jahrhundertreform“.

Link: [Merkur](#)

[Nach oben](#)

Ich musste jahrelang 9,3 % für die Rente zahlen PLUS 4% Riester und kriege am Ende weniger raus.

Um Anspruch auf die volle Riester-Zulage zu haben, müssen Sie vier Prozent Ihres rentenversicherungspflichtigen Einkommens.... einzahlen.

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Die Rentenbeiträge sind lediglich für die Arbeitgeber stabil geblieben. Der Arbeitnehmer soll seit der Riesterreform 2001 zusätzlich zum gesetzlichen Rentenbeitrag noch 4 % vom Lohn in private Vorsorge stecken, um die künftige Senkung des Rentenniveaus auszugleichen. D.h. der Altersvorsorgebetrag liegt für ihn in Wahrheit aktuell bei 9,3% plus 4% = 13,3 % Das sind drei Prozent mehr als die 10,25%, die man als Arbeitnehmer in Österreich in die Rente zahlt. Dafür bekommt er später unter sehr positiven Renditeannahmen der OECD 52,2% vom Bruttolohn als Rente- deutlich weniger als die 77,6% in Österreich.

Blank, Florian/Türk, Erik (2022): Altersrenten und sozialer Ausgleich in Deutschland und Österreich – ein Vergleich anhand von Modellrechnungen, in: Sozialer Fortschritt, 71 (2022), 2. S. 139-163

Wir haben in unserem Rentenpaket kürzlich das Rentenniveau bei 48% gedeckelt.

Damit will die Ampel bis 2039 ein Rentenniveau von 48 Prozent eines Durchschnittslohns garantieren und das Beitragswachstum abbremsen.

Link: [tagesschau](#)

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Beamten bekommen bei uns eine Pension von 71,75 Prozent?

Der Wert 71,75 Prozent bezeichnet also den Höchstruhegehaltssatz. Nach vierzig Dienstjahren in Vollzeit. Der tatsächlich erreichte Ruhegehaltssatz liegt in der Regel darunter.

Zum Stichtag 1. Januar 2023 betrug der durchschnittliche Ruhegehaltssatz bei den Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern des unmittelbaren Bundesbereiches für den Bestand 66,9 Prozent. Für die Versorgungszugänge lag der durchschnittliche Ruhegehaltssatz 2022 bei 67,2 Prozent.

Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge sind grundsätzlich das in den letzten zwei Jahren vor Pensionierung zustehende Grundgehalt.

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

[Nach oben](#)

Im Schnitt aller Bundesbeamten belief sich der Satz im Jahr 2022 laut den jüngsten offiziellen Zahlen auf 65,6 Prozent ihres letzten Gehalts. Ein Teil der neu pensionierten Bundesbeamten bekommt sogar den maximalen Satz von 71,75 Prozent ihres letzten Gehalts als Ruhebezüge.

Link: [FOCUS](#)

„Solo Maike Kühl“

Besonders Frauen sind in Deutschland von Altersarmut betroffen.

Link: [zdf Heute](#)

Der Gender-Pension-Gap, also die Lücke zwischen den Renten von Frauen und Männern, beträgt 30 Prozent. Ohne Witwenrente sind es sogar 40 Prozent.

Link: [zdf Heute](#)

Sogar mit Vollzeitstelle kommt jede dritte Frau nach 40 Jahren auf eine Rente von weniger als 1000 Euro.

Link: [zdf Heute](#)

Gerade wenn die Kinder klein sind, arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit als Männer, nehmen sich öfter Auszeiten für die Familie und arbeiten oft in schlecht bezahlten Jobs.

Link: [tagesschau](#)

Frauen wählen auch öfter soziale Berufe als Männer.

Link: [SozialBank](#)

[Nach oben](#)

Solo Bodo Wartke

Was würden Frauen tun, wenn es einen Tag lang keine Männer gäbe? Das fragte Influencerin Isabell Gerstenberger ihre Followerinnen – und umgekehrt auch ihre männlichen Follower.

Link: [Süddeutsche Zeitung](#)

Link: [Brigitte](#)

„Die Beamtenbande“

Niemand rechnet mit den Deutschen Beamten – ab.

Denn (...) VIER Eigenschaften Neutralität, Unbestechlichkeit, Unkündbarkeit und die automatische Gehaltserhöhung (machen uns unverzichtbar)

„Grundlage des Beamtenrechts bildet das Grundgesetz, konkret Artikel 33 Absatz 5. Hiernach ist das Recht des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln.

Zu den hergebrachten Grundsätzen zählen unter anderem

- die Pflicht der Beamtinnen und Beamten zur Neutralität und Verfassungstreue,
- eine grundsätzlich lebenslange *Anstellung*,
- der Leistungsgrundsatz, wonach Beamtinnen und Beamte einzig nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung auszuwählen sind, sowie
- das Verbot zu streiken.

Diese besonderen Rechte und Pflichten dienen dazu, demokratisch getroffene Entscheidungen des Gesetzgebers umzusetzen, die Qualität staatlicher Leistungen zu sichern und die Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu erhalten.”

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimatschutz](#)

[Nach oben](#)

„Grundlage und gleichzeitig Grenze aller Besoldungsgesetze ist Artikel 33 GG. Dieser enthält als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation.

Danach ist der Dienstherr verpflichtet, den Beamten und seine Familie lebenslang angemessen zu alimentieren und ihm einen nach seinem Dienst, nach der mit seinem Amt verbundenen Verantwortung und nach Maßgabe der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards, einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren.“

Link: [beamtenbund und tarifunion](#)

„Die Erfahrungszeit ist maßgeblich für die Feststellung der Stufe, aus der Ihr Grundgehalt errechnet wird. Das Aufsteigen in den Stufen beginnt mit dem Anfangsgrundgehalt der jeweiligen Besoldungsgruppe (...)

Wenn Sie in der Besoldungsgruppe A sind, steigt Ihr Grundgehalt in den Stufen eins bis sechs im Abstand von drei Jahren und ab der Stufe sieben im Abstand von vier Jahren bis zum Erreichen des Endgrundgehalts.“

Link: [Landesamt für Besoldung und Versorgung](#)

Link: [Bundesamt des Inneren und für Heimatschutz](#)

Zur Eigenschaft „Unkündbarkeit“

„Grundsätzlich können alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, also Beamte und Arbeitnehmer, unter bestimmten Voraussetzungen aus dem Dienst entlassen bzw. gekündigt werden – sind also nicht, wie öffentlich oft falsch dargestellt wird, prinzipiell unkündbar.“

Link: [beamtenbund und tarifunion](#)

ABER: Im Jahr 2021 wurden lediglich 17 Beamt:innen von 285.000 aktiven Beamt:innen des Bundes aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Siehe Tabelle Disziplinarstatistik des Bundesinnenministeriums 2021, S. 9

Link: [Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat](#)

Und die Beamtenprivilegien! (...) Die ja in der Verfassung verankert sind!

„Beamtinnen und Beamte erhalten kein Gehalt oder Entgelt für ihre Arbeit, sondern Bezüge. Diese sind die Leistung des Staates dafür, dass die Beamtinnen und Beamten gegenüber dem Staat in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

[Nach oben](#)

Grundlage der Besoldung ist das sogenannte Alimentationsprinzip. Es gehört zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Danach ist der Dienstherr verpflichtet, der Beamtin oder dem Beamten im aktiven Dienst, bei Invalidität und im Alter einen dem Amt angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren.“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

„Die Beamtenversorgung stellt die Alterssicherung für Beamtinnen und Beamte dar. Sie ist ein zentraler Baustein für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

Das Beamtenrecht

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

Hier: Rentenniveau 48%, Pensionen 71%. Objektiv genug?

Die beiden Zahlen kann man nicht vergleichen, ihr Rentenniveau von 48% ist ja eine ganz andere Größe...

„Der Vergleich durchschnittlicher Renten und Pensionen ist ein Vergleich von "Äpfel und Birnen".“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

Link: [Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer](#)

Die Größen beziehen sich auf unterschiedliche Dinge: Ein Standardrentner bekommt 48% vom allgemeinen Durchschnittseinkommen, wenn er 45 Jahre gearbeitet und immer so viel verdient hat, wie der Durchschnitt, während ein Pensionär dagegen 71% nach 40 Dienstjahren von seinem letzten persönlichen Gehalt erhält. (...) Was traditionell das Höchste ist.

„Das Rentenniveau zeigt die Relation zwischen einer standardisierten Rente (45 Jahre Beitragszahlung auf Basis eines durchschnittlichen Einkommens) und dem durchschnittlichen Einkommen eines Arbeitnehmers/einer Arbeitnehmerin.“

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

[Nach oben](#)

„Der Ruhegehaltssatz ist „begrenzt auf maximal 71,75 Prozent, die erst bei einer ruhegehaltfähigen Dienstzeit von wenigstens 40 Jahren (in Vollzeit) erreicht werden (...) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge sind grundsätzlich das in den letzten zwei Jahren vor Pensionierung zustehende Grundgehalt.“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

„Wenn Sie in der Besoldungsgruppe A sind, steigt Ihr Grundgehalt in den Stufen eins bis sechs im Abstand von drei Jahren und ab der Stufe sieben im Abstand von vier Jahren bis zum Erreichen des Endgrundgehalts.“

Link: [Landesamt für Besoldung und Versorgung](#)

Wenn sie das objektiv vergleichen wollten, müssten Sie erst mal wissen, wieviel Prozent von Gehalt einem Rentner bleibt. Ungefähr 41 Prozent von seinem Lohn? Das ist, was ein junger Berufsanfänger später mal als Rente bekommt?

Die sogenannte Bruttoersatzrate gibt Auskunft darüber, wieviel Prozent von seinem letzten Bruttoeinkommen einem Arbeitnehmer bleiben wird. Die Prozentzahl wird regelmäßig von der OECD erhoben

Sie ist eine Prognose für die Zukunft auf Basis der der aktuellen Gesetzgebung und geschätzter Durchschnittsentgelte.

Sie gilt für einen Arbeitnehmer, der mit 22 in seinen Beruf einsteigt und ohne Abschläge in Rente geht und dessen Einkommen sich genauso entwickelt wie das Durchschnittseinkommen

Bruttoersatzquote: Verhältnis von Bruttorente und durchschnittlichem individuellen Einkommen

Bruttoersatzrate Deutschland > 41,5% laut OECD 2021a; Darstellung für Person mit Durchschnittsverdienst

„Für den deutschen Fall ist darauf hinzuweisen, dass die OECD-Berechnungen noch das sinkende Rentenniveau berücksichtigen. Das ist zum Zeitpunkt des Verfassens des Policy Briefs zwar noch geltende Rechtslage (nach Auslaufen der aktuellen Regelung sinkt das Niveau ab 2025 weiter). Eine dauerhafte Stabilisierung des Sicherungsniveaus vor Steuern bei mindestens 48 Prozent, wie im Koalitionsvertrag der seit 2020regierenden Parteien vereinbart (SPD u. a., 2021), müsste zu einer Anpassung der OECD-Berechnungen führen.“

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

[Nach oben](#)

Allerdings ist für die " Zeit nach 2030 ist bislang keine Untergrenze für die Entwicklung des Rentenniveaus vorgesehen."

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ging in einer Berechnung aus dem Jahr 2017 davon aus, dass im Jahr 2045 nur noch ein Niveau von 41,6 % erreicht wird.

Link: [Sozialpolitik Aktuell](#)

Germany: Pension system in 2020

Link: [OECD](#)

„Dies zeigt, wie unsicher Vorausberechnungen der für die Alterssicherung langfristig zu erwartenden finanziellen Grundlagen erscheinen.“

Link: [Deutscher Bundestag](#)

Blank, Florian/Türk, Erik (2022): Altersrenten und sozialer Ausgleich in Deutschland und Österreich – ein Vergleich anhand von Modellrechnungen, in: Sozialer Fortschritt, 71 (2022), 2. S. 139-163

Die durchschnittliche Rente liegt bei 1.550 Euro.

„Die durchschnittliche Höhe der Bruttoaltersrente für Versicherte mit mindestens 35 Versicherungsjahren beträgt aktuell 1.550 Euro. Dies bedeutet einen Anstieg von 5,7 Prozent gegenüber dem letzten Jahr.“

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Link: [zdf Heute](#)

Und die durchschnittliche Pension liegt bei 3.250 Euro!

Link: [Statistisches Bundesamt](#)

Link: [Bundesamt des Inneren und für Heimat](#)

Es gibt ja auch kleine Beamte mit ganz kleiner Pension, z.B. ein kleiner Polizist. (...) 2.400 Euro.

Polizeimeister im mittleren Dienst steigen in der Besoldungsgruppe A7 ein.

Link: [Polizeitest](#)

[Nach oben](#)

„Das Gehalt der Polizei liegt durchschnittlich bei 3.050 Euro bei weniger als 3 Jahren Berufserfahrung. Polizisten, die mehr als 3 Jahre, aber weniger als 6 Jahre Berufserfahrung mitbringen, bekommen im Durchschnitt 3.250 Euro. Das Durchschnittsgehalt von Polizeibeamten ab 6 bis 9 Jahren Berufserfahrung liegt bei rund 3.500 Euro und mit mehr als 9 Jahren Berufserfahrung bei etwa 4.200 Euro.“

Link: [Infoportal des Öffentlichen Dienst](#)

Beispiel: Besoldungstabelle Bundespolizei, Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)
Besoldungsgruppe A7, Stufe 8 > 3298,67 Euro

Maximale Rente (ohne Berücksichtigung möglicher Zulagen) > ca. 2500 Euro (71% von 3298,67 Euro)

Link: [Gewerkschaft der Polizei](#)

Link: [Gewerkschaft der Polizei](#)

Das ist quasi die Maximalrente. Das schafft nur gut 1% der Rentner!

Antwort auf die schriftlichen Fragen an die Bundesregierung, des Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Anzahl und Anteil der Renten wegen Alters mit einem Rentenzahlbetrag von 2.400 Euro/ Monat und mehr > 274.278 Männer und Frauen in Deutschland

Link: [Bundestag \(S.45ff\)](#)

21.229.000 Rentenbezieher in Deutschland > 274.278 Männer und Frauen in Deutschland beziehen über 2400 Euro Rente > 1,3 % aller Rentenbezieher

„Schriftliche Frage - Jeder Abgeordnete ist berechtigt, in jedem Monat bis zu vier Fragen zur schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten.“

Link: [Deutscher Bundestag](#)

[Nach oben](#)

Manche kriegen sogar nur die Mindestpension! ...von 1866 Euro!?

„Das Beamtenversorgungsgesetz des Bundes (BeamtVG) regelt in § 14 Absatz 4 die sogenannte Mindestversorgung, also das Ruhegehalt (Pension), das ein Beamter mindestens erhält bzw. welches seine Hinterbliebenen erhalten. Diese Bestimmung gilt vom Grundsatz in allen Bundesländern. (...)“

Werden keine Zeiten vor der Verbeamtung als ruhegehaltfähig anerkannt, dann wird die amtsunabhängige Mindestversorgung (65 % aus Endstufe A 4 [=1.747,35 Euro] plus 30,68 Euro) gezahlt.“

Link: [Verdi](#)

Mindestversorgung des Ruhestandsbeamten, Grundgehalt (Endstufe A 5), ohne Familienzuschlag > 1.835,53 €

Link: [NRW](#)

Auch das kann man nicht vergleichen, denn der Beamte bekommt die Mindestpension ja schon nach 5 Dienstjahren!

„Ein Ruhegehalt wird nur gewährt, wenn die Beamtin/der Beamte eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat oder infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist (...)“

Link: [Lehrer NRW](#)

Sie müssen dabei natürlich berücksichtigen, dass die Renten seit dem Jahr 2000 gestiegen sind um 41 Prozent. Und die Pensionen nur um 59 Prozent!

Berechnung inkl. Quellenangaben unseres Experten: „Zwischen 2000 und 2022 stiegen die Pensionen um 59 Prozent und die Renten um 41 Prozent. Der Anteil der Renten an den Pensionen fiel von 61 % auf 54 Prozent.“

Zwischen 2000 und 2022 stiegen die Pensionen um 59 Prozent und die Renten um 41 Prozent. Der Anteil der Renten an den Pensionen fiel von 61 % auf 54 Prozent.

Eigene Berechnung. Quellen für Entwicklung Pensionen

Durchschnittliche Versorgungsbezüge insgesamt von 2000 bis 2022 (brutto)

Link: [Statistisches Bundesamt](#)

[Nach oben](#)

Excel /die Fachserientabelle IV.4

IV Lange Reihen

4 Durchschnittliche Versorgungsbezüge¹ im Monat Januar nach Art der Versorgung und Ebenen

Ebenen (i = insgesamt, m = männlich, w = weiblich)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2000-2022	in %	
Versorgungsbezüge	1 800	1 840	1 900	1 910	1 970	2 000	2 010	2 020	2 040	2 110	2 170	2 200	2 240	2 300	2 360	2 430	2 480	2 540	2 630	2 670	2 800	2 850	2 870	1 070	59%	
m	2 110	2 150	2 200	2 220	2 280	2 310	2 320	2 330	2 350	2 430	2 490	2 520	2 560	2 630	2 700	2 770	2 820	2 890	2 980	3 030	3 170	3 230	3 240	1 130	54%	
w	1 400	1 440	1 480	1 490	1 540	1 560	1 570	1 590	1 610	1 670	1 720	1 750	1 790	1 850	1 900	1 970	2 020	2 080	2 160	2 200	2 330	2 380	2 400	1 000	71%	
GRV mit mind 35 Beitragsjahren brutto	1 098	1 113	1 135	1 141	1 134	1 128	1 123	1 124	1 131	1 155	1 143	1 148	1 170	1 179	1 216	1 241	1 295	1 320	1 359	1 413	1 459	1 461	1 544	446	41%	
m	1 243	1 262	1 288	1 297	1 288	1 283	1 276	1 279	1 289	1 316	1 297	1 306	1 335	1 343	1 365	1 394	1 448	1 471	1 518	1 570	1 625	1 630	1 722	480	39%	
w	841	855	878	879	875	873	870	872	877	899	889	895	917	929	992	1 015	1 052	1 066	1 105	1 107	1 173	1 219	1 227	1 309	469	56%
Anteil Rente an Pension	61%	60%	60%	60%	58%	56%	56%	56%	55%	55%	53%	52%	52%	51%	52%	51%	52%	52%	52%	53%	52%	51%	54%			
m	59%	59%	59%	58%	57%	55%	55%	55%	55%	54%	52%	52%	52%	51%	50%	51%	51%	51%	51%	52%	51%	50%	53%			
w	60%	59%	59%	59%	57%	56%	55%	55%	54%	54%	52%	51%	51%	50%	52%	52%	52%	51%	51%	53%	52%	52%	55%			
GRV mit mind 35 Beitragsjahren nach Abzug Krankenkasse und Pflege	1 016	1 031	1 049	1 053	1 038	1 028	1 024	1 021	1 025	1 047	1 036	1 038	1 058	1 065	1 100	1 120	1 164	1 184	1 219	1 269	1 311	1 310	1 384	367	36%	
m	1 150	1 168	1 191	1 196	1 180	1 170	1 163	1 162	1 167	1 193	1 176	1 181	1 207	1 213	1 234	1 258	1 301	1 320	1 362	1 410	1 460	1 462	1 543	393	34%	
w	779	792	807	811	801	795	793	792	795	816	806	809	829	840	897	916	945	956	991	1 054	1 095	1 101	1 173	395	51%	

* Bruttobezüge. - In einigen Bundesländern wird die Sonderzahlung seit Januar 2004 mit den monatlichen Bezügen ausbezahlt.

1 Einschl. der 2012 wiedergewährten Sonderzahlung (zweiter Einbauschritt).

2 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Bank AG.

3 Einschl. Teilbereiche der rechtlich selbständigen Einrichtungen und Sozialversicherung.

Bruttorentenfaktor | 1,080 | 1,080 | 1,082 | 1,084 | 1,092 | 1,097 | 1,097 | 1,101 | 1,104 | 1,103 | 1,103 | 1,106 | 1,106 | 1,107 | 1,106 | 1,108 | 1,113 | 1,115 | 1,115 | 1,113 | 1,113 | 1,113 | 1,115 | 1,116 |

Quelle für Entwicklung Rente

Renten bestand: Tabelle: 29 S194_RTBN_AERT M+F 35 Jahre_B

Daraus: Durchschnittliche Anteile und Zahlbeträge der Altersrenten nach 35 Versicherungsjahren, das sind ca. 70 Prozent aller Altersrenten. Im Original sind diese als Zahlbeträge angegeben. Diese wurden in Bruttofaktoren in Bruttorenten umgewandelt, damit man sie vergleichen kann – um die zeitliche Entwicklung darstellen zu können.

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Aber es gab ja den Inflationsausgleich, die Inflationsprämie für Beamte bis zu 3000 Euro.

Hab ich gar nicht bemerkt. (...) War ja auch nur für Pensionäre. Für Sie ist das etwas übersichtlicher ausgefallen.

„Pensionäre des Bundes können sich im erweiterten Rahmen dieses Tarifabschlusses auf die Auszahlung einer Inflationsprämie freuen – Rentner gehen dagegen leer aus.“

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Nach oben

„Warum bekommen Pensionärinnen und Pensionäre aber eigentlich die Inflationsprämie? Hintergrund ist der kürzlich beschlossene Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Dieser wird auch auf die Bundesbesoldung sowie die Bundesversorgung - unter letztere fallen auch Menschen, die eine Pension beziehen - übertragen. Einen Gesetzentwurf zur Anpassung hat das Bundesinnenministerium (BMI) schon im Juni 2023 veröffentlicht.“

Link: [MAIN POST](#)

„Die Landesregierung hat angekündigt, das Ergebnis der Tarifverhandlungen 1:1 auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Analog zu den angestellten Kolleginnen und Kollegen werden die Beamtinnen und Beamten im Landesdienst im Januar 2024 eine steuerfreie Einmalzahlung von 1800 Euro erhalten, zusätzlich dann in den Monaten Januar – Oktober 2024 eine monatliche Zahlung von 120 Euro.“

Link: [PHILOLOGENVERBAND](#)

„Inflationsausgleichsprämie: Bis zu 3.000 Euro steuerfrei

Bei der Inflationsausgleichsprämie handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Die beschlossene Steuerfreiheit der Inflationsausgleichsprämie sieht keine Regelung vor, dass die Prämie an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgezahlt werden muss. “

Link: [Bundesregierung](#)

Und Beamte sind im Durchschnitt hochqualifiziert und hochbezahlt! Deshalb sind die Pensionen entsprechend hoch!

- „Beamte haben i.d.R. einen vollständigen Erwerbslebenslauf - in die Rentenstatistik fließen aber auch nur vorübergehende oder geringfügige Beschäftigungsverläufe vollständig ein.
- Beamte haben gegenüber den übrigen Beschäftigungsbereichen ein deutlich höheres durchschnittliches Qualifikationsniveau (etwa 2/3 mit mind. Fachhochschulabschluss); ein höheres Qualifikationsniveau führt zwangsläufig und völlig legitim zu höheren Bezügen und somit auch zu höheren Versorgungsleistungen.“

Link: [beamtenbund und tarifunion](#)

[Nach oben](#)

DIE ANSTALT

Angestellter Lehrer, nehmen wir mal an, der hat das gleiche Gehalt wie sein verbeamteter Kollege, dann würde er am Ende 1.731 Euro Rente bekommen und der Beamte 3.214 Euro!

Der Rentenexperte der VDK Michael Popp hat für „Die Anstalt“ eine typisierte Rentenberechnung angestellt. Dabei vergleicht er den Rentenanspruch eines fiktiven Angestellten mit der Pension eines Beamten, unter der Prämisse, dass der Angestellte, über sein Erwerbsleben dasselbe Einkommen erzielt, wie sein verbeamteter Kollege.

Pension	
mit 67	
Dienstzeit	42 Jahre
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge inkl. Zulagen	5904
Nettoverdienst vor Pensionierung	4.259
Anwendung Korrekturfaktor nach §5 BeamtVG	58
Versorgungssatz	71,75%
Pflegeleistungsabzug (nur Bund)	64
Ruhegehalt brutto	4130
Lohnsteuer	916
Summe der Steuern	916
Netto-Bezüge	3214
Versorgungslücke	1.045

Angaben zur Besoldung

BESOLDUNGSTABELLE: A ✓

BESOLDUNGSGRUPPE zu Pensionsbeginn: A13 ✓

BESOLDUNGSSTUFE zu Pensionsbeginn: 8 ✓

Angaben zur Dienstzeit

GEBURTSJAHR: 1997 ✓

Dienstzeitbeginn: 2022 ✓

AUSFALLZEITEN (BEURLAUBUNG, in Jahren): 0 ✓

TEILZEIT (in Jahren): 0 ✓

Steuer-Informationen

STEUERKLASSE: I ✓

ARBEITSSTELLE IM BUNDESLAND: Baden-Württemberg

KIRCHENSTEUER: ✓

Pensionierungsbeginn

GEWÜNSCHTER PENSIONIERUNGSBEGINN MIT: 63

Berechnungsergebnis

Rente		Entgeltpunkthöhe		Rechenwerte	
	brutto in Werten von 2023		Summe EP	Durchschnittsentgelt 2023	3595,17
0-10 Jahren	4314	1,2	12	Rentenwert 2	37,6
10-20 J	4674	1,3	13		
20-30	5033	1,4	14		
30-40	5393	1,5	15		
40-42	5903	1,642	3,284		
		Summe EP	57,284		
Rente brutto		Rente Brutto	2153,88		
		Anteil an Pension	52%		
		KV 2023 (14,6+1,6)/2=8,1	174,46		
		Pflege 3,4	73,23		
		Rente Netto vor Steuern	1906,19		
		Steuer????	175		
Rente netto		GRV Rente netto	1731,19		
		Differenz	1482,81		
		Nettoanteil an Pension	54%		
VBL		Rente aus Zusatzversorgung (VBL) vor Steuern	628,53		
		Rente aus Zusatzversorgung (VBL) nach Steuern	580,53		
		Differenz Rente + VBL zur Pension	902,28		
		Anteil Rente + VBL an Pension	73%		

<https://www.steuerberechnung.bayern.de/Alterseinkuenfte-Rechner/2023/sekf-formular.asp?VLG=1>

Link: [Zukunftsgestalter](#)

Nach oben



Natürlich übersehen Sie, dass da für die Pensionäre noch die Krankenversicherung abgeht.

„Ehemalige Beamte zahlen im Alter geringere Beiträge für ihre Krankenversicherung, denn mit der Pensionierung erhöht sich der Beihilfesatz üblicherweise von 50 auf 70 Prozent. Entsprechend verringert sich der selbst zu finanzierende Versicherungsumfang ab Beginn des Ruhestands auf 30 Prozent der Krankheitskosten. Damit sinkt auch der Versicherungsbeitrag.“

Link: [PKV](#)

Mindestens 300 Euro? Das ja günstig!? (...) Wenn ich mich gesetzlich versichern müsste, wäre das doppelt so teuer.

„Beamtinnen und Beamte erhalten eine Beihilfe im Krankheitsfall, das heißt, dass die angefallenen Kosten nach Maßgabe des Kostenerstattungsprinzips vom „Dienstherrn“ erstattet werden. Die Beihilfe übernimmt nur anteilig die Kosten (z.B. zu 50 % für die Eltern, 80 % für deren Kinder), so dass eine ergänzende private Versicherung (Restkostenversicherung) notwendig ist. Beihilfeberechtigte können sich zwar in einer gesetzlichen Krankenkasse freiwillig versichern, erhalten dann aber weder eine Beihilfe noch einen Arbeitgeberbeitrag, so dass Beamtinnen und Beamte faktisch gezwungen sind, sich privat zu versichern.“

Link: [Sozialpolitik Aktuell](#)

„Speziell im Beamtenbereich ist die private Krankenversicherung für Pensionäre in den meisten Fällen wesentlich günstiger. Denn der Beihilfeanspruch eines Beamten endet nicht mit Erreichen des Ruhestandes. Pensionäre haben bis an ihr Lebensende einen Beihilfeanspruch gegenüber ihrem ehemaligen Dienstherrn. Die Höhe des Beihilfesatzes beträgt für Pensionäre sowie deren beihilfeberechtigte Ehepartner in der Regel 70 %.“

Link: [Beamten Infoportal](#)

Link: [Handelsblatt](#)

[Nach oben](#)

„Für gesetzlich versicherte Pensionäre gilt dabei Folgendes:

Die Höhe des Beitrages hängt vom monatlichen Einkommen des Pensionärs ab. Da Beamte während ihrer Pension weiterhin beihilfeberechtigt sind, bekommen sie – im Gegensatz zu normalen Rentnern – keinen Anteil an ihrer GKV bezahlt. Sie müssen auch weiterhin den Beitrag in voller Höhe selbst bezahlen. Ebenso muss die Pflegeversicherung weiterhin in voller Höhe bezahlt werden. Hat der Pensionär zusätzlich monatliche Einnahmen, die der Pension ähnlich sind (beispielsweise Hinzuverdienste durch Altersteilzeit), muss er auf diese den vollen Beitragsatz bezahlen.“

Link: [Beamten Infoportal](#)

Ohne Beamte müssten die privaten Versicherer dicht machen.

„Struktur der Vollversicherten in der privaten Krankenversicherung 2022

Der Statistik des Verbandes der privaten Krankenversicherung ist zu entnehmen, dass 52,7 % der Versicherten der PKV Beamtinnen und Beamte und deren Familienangehörige sind. Beamtinnen und Beamte erhalten eine Beihilfe im Krankheitsfall, das heißt, dass die angefallenen Kosten nach Maßgabe des Kostenerstattungsprinzips vom „Dienstherrn“ erstattet werden. Die Beihilfe übernimmt nur anteilig die Kosten (z.B. zu 50 % für die Eltern, 80 % für deren Kinder), so dass eine ergänzende private Versicherung (Restkostenversicherung) notwendig ist. Beihilfeberechtigte können sich zwar in einer gesetzlichen Krankenkasse freiwillig versichern, erhalten dann aber weder eine Beihilfe noch einen Arbeitgeberbeitrag, so dass Beamtinnen und Beamte faktisch gezwungen sind, sich privat zu versichern.“

Link: [Sozialpolitik Aktuell](#)

Aber wir zahlen ja nur so wenig, weil die Versicherung lediglich 30% der Behandlungskosten übernimmt! Den Rest zahlt der Staat!

„Durch den Beihilfeanspruch, der für Pensionäre in der Regel bei 70 % liegt, müssen Pensionäre nur noch 30 % des eigentlichen Beitrages bezahlen. Gleiches gilt für beihilfeberechtigte Ehepartner sowie für alle anderen Familienmitglieder, wenn der Pensionär für sie unterhaltspflichtig ist (z.B. Enkelkinder).“

Link: [BEAMTEN Infoportal](#)

[Nach oben](#)

Weil Sie unterschlagen haben, dass eine Pension im Gegensatz zur Rente eine Vollversorgung sein soll!

„Pensionen haben andere Sicherungsziele als Renten und sind deshalb nicht vergleichbar. Die gesetzliche Rente erfüllt die Funktion einer Regelsicherung (erste Säule der Altersvorsorge) und wird oftmals von einer betrieblichen Altersversorgung ergänzt (zweite Säule). Die Beamtenversorgung hingegen deckt sowohl die erste als auch die zweite Säule der Altersvorsorge ab (Regel- und Zusatzsicherung).“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

SIE als Rentner haben ja neben der gesetzlichen Rente auch noch die Möglichkeit, mit Riester privat vorzusorgen!

„Riestern heißt, Sie sparen jährlich einen frei wählbaren Betrag und zahlen diesen aufs Jahr verteilt in der Regel monatlich in die staatlich geförderte Altersvorsorge ein. Der Staat honoriert Ihr Engagement, eigenes Kapital für Ihren Lebensabend anzusparen, mit einer Förderung.

Grundzulage: Für jedes Beitragsjahr erhalten Sie eine Zulage vom Staat. Voraussetzung dafür ist, dass Sie einen bestimmten Betrag, den Mindesteigenbeitrag, auf Ihr Riester-Konto eingezahlt haben. Dann bekommen Sie die Grundzulage als maximale Förderung dazu. Diese beträgt seit 2018 pro Person 175 Euro jährlich.“

Link: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Nein, wir (Beamte) können auch riestern. Und bei uns läuft das gar nicht so schlecht. Weil wir werden ja sehr alt.

„Die staatliche Förderung erhalten alle unbeschränkt Steuerpflichtigen, die von der Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung oder vergleichbarer Versorgungssysteme des Jahres 2004 betroffen sind. Dabei teilt der Gesetzgeber in unmittelbar und mittelbar Förderberechtigte.

Unmittelbar Förderberechtigte

- Rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer, Beamte, Richter, Soldaten, Amtsträger, freiwillig Wehrdienstleistende, Personen im Bundesfreiwilligendienst (...)

Link: [Verbraucherzentrale](#)

[Nach oben](#)

„Wer "riestert" muss zu einem gesetzlich festgelegten Personenkreis zählen. Die Förderung besteht in der so genannten Ansparphase aus direkten Zulagen. Ebenso kann die gesamte Sparleistung im Rahmen der Einkommensteuererklärung als Sonderausgabe angegeben werden und so zusätzlich zu Steuersparnissen führen. Dies prüft das Finanzamt mit der so genannten Günstigerprüfung. Ist die Summe der Zulagen niedriger als die Steuerersparnis wird die Differenz ausgezahlt.“

Link: [Verbraucherzentrale](#)

Link: [Finanzamt NRW](#)

Privat Versicherte leben nun mal länger und wer länger lebt, braucht ja auch länger Geld.

PKV-Versicherte leben ca. 4 Jahre länger als GKV-Kunden

Link: [MAX-WEBER INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE](#)

Link: [PKV](#)

Link: [BaFin](#)

„Die Riester-Rente ist - wie auch die Rürup-Rente und die betriebliche Altersvorsorge (bAV) - eine Form, mit staatlicher Förderung privat fürs Alter vorzusorgen (...) In der Rentenphase wird das Kapital bis zum Tod ausgezahlt.“

Link: [Verbraucherzentrale](#)

Und SIE haben dafür ja noch die Betriebsrente obendrauf! Das hat aber doch nur die Hälfte der Arbeitnehmer.

Link: [statista](#)

Link: [statista](#)

Im Öffentlichen Dienst kann die (Betriebsrente) bis zu 600 Euro im Monat bringen.

Bei einer durchgängigen langen Versicherungszeit entspricht die Betriebsrente in etwa 35% der Höhe der gesetzlichen Rente. Legt man diese Schätzung zugrunde, würde sich auf Basis der von Ihnen ermittelten gesetzlichen Rente eine Bruttobetriebsrente von 747,56 Euro monatlich ergeben. Nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen blieben noch 628,53 Euro übrig (vor Steuern).“

Auskunft der Pressestelle der VBL, Altersvorsorge im öffentlichen Dienst vom 2.5.2024

[Nach oben](#)

Aber meistens gibt der Arbeitgeber kaum was dazu – da zahlt der Arbeitnehmer praktisch alleine ein.

„Die Tarifbeschäftigten des Bundes sind zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert. Grundlage hierfür ist der Tarifvertrag Altersversorgung – ATV, der zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vereinbart ist. Bund, Länder und Kommunen bilden dabei eine Verhandlungsgemeinschaft.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine ergänzende Altersversorgung im Wege der Entgeltumwandlung aufzubauen. Diese wird durch einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 15 % des umgewandelten Entgelts gefördert, der an die VBL weitergeleitet wird.

Anders als in der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Leistungen der VBL ausschließlich durch die Umlagen und Beiträge der beteiligten Arbeitgeber und Tarifbeschäftigten finanziert. Um die Leistungsfähigkeit langfristig sicherzustellen, erfolgt die Kapitalanlage sicher, nachhaltig und rentabel. Dies ist möglich, weil die VBL einer der größten institutionellen Anleger in Deutschland ist.“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

„Die finanzielle Förderung ist im Arbeits- oder Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung geregelt. Für alle Neuverträge seit 2019 gilt ein verpflichtender Arbeitgeberzuschuss: Wird Entgelt in eine bAV umgewandelt, muss der Arbeitgeber 15 Prozent drauflegen, sofern er Sozialversicherungsbeiträge spart. Ab 2022 gilt dies auch für bereits bestehende Verträge (...)

Vorsicht: Minderung der Rente durch Entgeltumwandlung möglich

(...) Die Entgeltumwandlung reduziert die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und damit auch die Ansprüche auf Kranken-, Eltern-, und Arbeitslosengeld sowie Erwerbsminderungsrente und Rente.

Ein weiterer Nachteil: Neben der nachgelagerten Besteuerung müssen gesetzlich Krankenversicherte auch Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge auf die Betriebsrente zahlen, und zwar nicht nur ihren Arbeitnehmer-, sondern auch den Arbeitgeberanteil.“

Link: [Verbraucherzentrale](#)

[Nach oben](#)

Das ist interessant – wir zahlen für unsere Altersversorgung GAR NICHTS ein.

„Die Beamtenversorgung stellt die Alterssicherung für Beamtinnen und Beamte dar. Sie ist ein zentraler Baustein für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

(...) Die Beamtenversorgung ist haushaltsfinanziert. 1999 wurde mit dem Aufbau des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" begonnen. Das u. a. durch die Verminderung von Bezügeanpassungen aufgebaute Vermögen hatte Ende März 2024 einen Marktwert von rund 21,5 Mrd. Euro. Ab dem Jahr 2032 soll es zur Finanzierung eingesetzt werden.“

Link: [Bundesministerium des Inneren und für Heimat](#)

Diese außerordentliche Leistung ist einzigartig auf der Welt – und deswegen können Sie das auch gar nicht miteinander vergleichen.

Link: [Badische Zeitung](#)

Link: [OECD](#)

Palacios und Whitehouse (2005) Erhebung der Pensionsbestimmungen; Munich Personal RePEc Archive Pensions panorama: retirement-income systems in 53 countries

Link: [MPRA](#)

Naja, den Familien- und Ortszuschlag zum Beispiel. (...) Der wurde den Angestellten im öffentlichen Dienst doch 2006 gestrichen!

„Wie bereits für den Bund und die Kommunen wird ab dem 1.11.2006 auch für die Länder eine einheitliche Entgelttabelle für ArbeiterInnen und Angestellte mit 15 Entgeltgruppen und bis zu 6 Stufen eingeführt. Allgemeine Zulage und Ortszuschlag fallen weg.“

Link: [WSI](#)

„Der TV-L enthält – abgesehen von den Überleitungsvorschriften – keine familienbezogenen Entgeltbestandteile. Der Familienstand bzw. die Anzahl der Kinder haben damit ab 1. November 2006 grundsätzlich keinen Einfluss mehr auf die Höhe des Entgelts der Beschäftigten der Länder.“

Link: [Haufe](#)

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

[Nach oben](#)

Später wurde von der GEW eine Klage erhoben, dass die Familienzuschläge für Beamte zu niedrig seien. Sie bekamen recht.

„Bereits in den Jahren 1977 und 1990 hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) festgestellt, dass der Orts- bzw. Familienzuschlag für das dritte und weitere Kinder, der seinerzeit genauso hoch war wie für das erste und zweite, für Beamte zu niedrig bemessen sei. Das verfassungsrechtlich festgeschriebene Alimentationsprinzip verlange, so das Bundesverfassungsgericht, dass der Dienstherr dem Beamten und seiner Familie amtsangemessenen Unterhalt zu leisten habe. Jede Beamtenfamilie müsse sich, ohne Rücksicht auf deren Größe, annähernd das Gleiche leisten können.(...) Nach den Vorgaben des BVerfG muss die Gesamtalimentation 115 Prozent des sozialhilferechtlichen Gesamtbedarfs betragen.“

Link: [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft](#)

Also bei uns Beamten ist der Zuschlag auch nicht mehr wie früher. Der wurde verdreifacht.

Gutachten des Finanzökonomen Michael Popp für SchaLL.NRW e.V.

Link: [SchaLL](#)

Zahlen aus dem Gutachten (Jahr 2018): Verheiratete Lehrkraft mit zwei Kindern (Szenario 3, ab Seite 48). Im Gutachten sind die monatlichen Familienzuschläge 131,70 € + 114,71 € + 114,71 € = 361,12 € als Jahresbeträge von 4.333,44 €/Jahr in die Rechnung mit eingeflossen. Informationen dazu findet man hier:

Link: [Mietstufen](#)

Damit ergibt sich ein monatlicher Betrag von 1.343,19 €. Das entspricht einem Jahresbetrag von 16.118,28 € brutto. Der Betrag hat sich fast vervierfacht für den Wohnort Düsseldorf (Beispiel Dortmund > Jahresbetrag 10.825 € brutto)

Link: [Finanzverwaltung NRW](#)

Da sind die 153 Euro im Monat (...) Nur fürs Heiraten.

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte

Link: [Finanzverwaltung NRW](#)

[Nach oben](#)

Und fürs erste Kind?

Das ist ortsabhängig. Wenn Sie z.B. in Dortmund wohnen: 176 fürs erste Kind, 573 fürs zweite, 829 fürs dritte – pro Monat (...) Das wird ja addiert. Ein verheirateter Beamter mit drei Kindern kriegt am Ende 1.730 Euro Zuschlag im Monat.

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte

Link: [Finanzverwaltung NRW](#)

Tabelle mit den Ortszuordnungen

Link: [Mietstufen](#)

Link: [SchaLL](#)

Und wir kriegen nur das lächerliche Kindergeld!? Ja, das ist wirklich lächerlich, das spüren wir gar nicht! WIE? Sie kriegen das AUCH?

„Sie können Kindergeld beantragen, wenn ...

- Ihr Kind **unter 18 Jahren** ist (unter bestimmten Voraussetzungen können Sie auch Kindergeld für volljährige Kinder beantragen und erhalten),
- Sie Ihr Kind **regelmäßig versorgen** und es **in Ihrem Haushalt** lebt (das gilt auch für Stiefkinder, Enkelkinder oder Pflegekinder)
- Ihr **Wohnort** in Deutschland, einem anderen Land der EU, in Norwegen, Liechtenstein, Island oder der Schweiz ist.

Sie erhalten **pro Kind 250 Euro Kindergeld im Monat**. Grundsätzlich gilt: Nur für Kinder, die die Voraussetzungen erfüllen, haben Sie einen Anspruch auf Kindergeld.“

Link: [Bundesagentur für Arbeit](#)

Moment, also, wenn ich das mal überschlage, dann summieren sich alle Vorteile und Zuschläge im Laufe einer aktiven Beamtenlaufbahn auf bis zu 400.000 Euro netto! Der Beamte hat zu Beginn seines Ruhestands 400 000 Euro mehr als der angestellte Kollege. Das ist ja schon ein Eigenheim?

Gutachten des Finanzökonomen Michael Popp für SchaLL.NRW e.V

Link: [SchaLL](#)

[Nach oben](#)

Mietstufen der nordrhein-westfälischen Gemeinden ab dem 1. Januar 2023

Link: [Mietstufen](#)

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte

Link: [Finanzverwaltung NRW](#)

In einem Gutachten von Michael Popp für SchaLL.NRW e.V. (aus dem Jahr 2017) wurde der Nettovorteil der Beamten gegenüber den Angestellten mit 275.658 € berechnet (darin enthalten 44200,- Kinderzuschläge; nur gerechnet für 17 Jahre, s.u.)

Wenn man nun die inzwischen veralteten Kinderzuschläge für "verheiratet, zwei Kinder (Mietstufe VI, z.B. Düsseldorf) von diesem Betrag abzieht, und dafür den aktuellen Familienzuschlag (gültig seit 1. Dezember 2022) 177.157,- Euro (netto) dazu rechnet > ergibt sich mit 152,68 € + 546,50 € + 644,01 € ein monatlicher Betrag von 1.343,19 €. Das entspricht einem Jahresbetrag von 16.118,28 € brutto und einem Jahresnettobetrag von ca. 10.421 € (unter den Bedingungen laut Flyer "Familienzuschlag" auf der Homepage von SchaLL.NRW.eV.)

Wenn man nun wieder das Gutachten betrachtet, dann ist dort nur ein Betrachtungszeitraum vom 42. bis zum 58. Lebensjahr berücksichtigt. Das sind 17 Jahre. Man kann nun den Jahresnettobetrag von 10.421 € mit den 17 Jahren multiplizieren und kommt dabei auf die Summe von 177.157 € netto.

$275.658€ - 44.200 € + 177.157 € = 408.615 €$ netto > Mehrverdienst gegenüber Angestellten

Link: [SchaLL](#)

Link: [SPIEGEL](#)

Beamte müssen ihre Kinder in der privaten Krankenversicherung extra versichern. Allerdings nur 20% der Kosten, der Rest kommt von der sogenannten Beihilfe, also direkt vom Staat.

Wenn man von einem Beitrag von rund 40 Euro pro Kind ausgeht, kommen hier unter der Annahme des Gutachtens (17 Jahre Kinderzuschlag) noch weitere Kosten für den Beamten zusammen:

$40 \text{ Euro} * 2 \text{ (Kinder)} * 12 \text{ Monate} * 17 \text{ Jahre} = 16.320 \text{ Euro}$ falls beide Kinder über den Beamten versichert werden und 8160 Euro wenn eines der Kinder über den Beamten läuft. Diese Beträge müssten von dem errechneten Einkommensvorsprung 408.615 Euro noch abgezogen werden. So würde man am Ende bei einer Einkommensdifferenz von

[Nach oben](#)

392.295 Euro landen, bei zwei privat versicherten Kindern bzw. 400.455 Euro bei einem privat versicherten Kind.

Im Alter zahlt der Staat dem Pensionär den größten Teil der Kosten vom Pflegeheim.

„Sie haben einen Beihilfesatz von 70 Prozent? Dann erhalten Sie auch 70 Prozent Pflegeleistungen nach der geltenden Bundesbeihilfeverordnung. Für die restlichen 30 Prozent tritt Ihre Pflegekasse ein.“

Link: [PBeaKK](#)

„Die Leistungen der Pflegeversicherung und der Beihilfe im Pflegefall sind so ausgestaltet, dass diese zusammen immer 100 % der zustehenden Ansprüche ergeben.“

Link: [Bundesverwaltungsamt](#)

„Zur Begrenzung des Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen bei vollstationärer Pflege besteht seit 1. Januar 2022 ein Anspruch auf einen neuen Leistungszuschlag zu den Pflegeheimkosten.“

Link: [Bundesverwaltungsamt](#)

„Um zu vermeiden, dass beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen in eine wirtschaftliche Notlage geraten, kann gemäß § 39 Absatz 2 BBhV im Rahmen einer Härtefallregelung auf besonderen Antrag eine weitergehende Beihilfe zu Aufwendungen für vollstationäre Pflege gewährt werden (...).“

Link: [Bundesverwaltungsamt](#)

Link: [Bundesagentur für Arbeit](#)

Im Gegensatz zu ihnen, dürfen wir Beamte nicht streiken!

Link: [Bundesverfassungsgericht](#)

Ja, weil wir immer automatisch die Lohnerhöhungen von den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes übernehmen müssen.

„Das am Samstag zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und den Gewerkschaften ausverhandelte Tarifergebnis wird in Nordrhein-Westfalen 1:1 auf die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter übertragen.“

Link: [Landesregierung Nordrhein-Westfalen](#)

[Nach oben](#)

„Finale“

Wir machen es jetzt wie die Österreicher... Eine Rente für alle! Das heißt: Alle kriegen das gleiche! 77% vom eigenen Einkommen. Wie in Österreich! Da gibt man 3% mehr vom Bruttoinlandsprodukt aus, damit alte Menschen ein gutes Leben führen können

Alterssicherung im internationalen Vergleich

Link: [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)

„In Österreich sind fast alle Erwerbstätigen einschließlich der Selbständigen in die gesetzlichen Rentensysteme eingebunden – Ausnahmen gibt es nur für geringfügig Beschäftigte und für manche freien Berufe wie Rechtsanwälte. Derzeit sind 3,3 Mio. Unselbständige und 570.000 Selbständige in der GRV versichert. Für Beamte gibt es eigenständige Systeme, die dortige Rentenberechnung wird allerdings schrittweise an die GRV angeglichen.“

Link: [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft](#)

„Die Finanzierung der GRV-Renten erfolgt zu etwa 75 Prozent aus Beitragszahlungen, die restlichen 25 Prozent kommen aus Steuermitteln. Komplette aus Steuermitteln finanziert werden die Ausgleichszulagen.“

Der Arbeitgeberbeitrag zu den GRV-Renten beträgt 12,55 Prozent, der Arbeitnehmerbeitrag 10,25 Prozent. Diese Beitragssätze sind seit 1988 unverändert. Da das österreichische Rentenrecht eine „Ausfallhaftung des Bundes“ vorsieht, variiert der Finanzierungsanteil aus Steuermitteln je nach Ausgaben- und (Beitrags)Einnahmenentwicklung.

Mit 13,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat Österreich vergleichsweise hohe öffentliche Rentenkosten. Dem stehen relativ hohe gesetzliche Leistungen und niedrige Ausgaben beispielsweise für Betriebsrenten gegenüber.“

Link: [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft](#)

Wie gefährlich ist das österreichische Rentensystem?

Link: [Hans Böckler Stiftung](#)

Renten in Deutschland und Österreich

Link: [Wissenschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut](#)

[Nach oben](#)

Wissen Sie, wer schon mal versucht hat, sich mit den deutschen Berufsbeamten anzulegen? Weil sie schockiert waren von der ungerechten, deutschen Ständegesellschaft? Die Alliierten 1945. Raten Sie mal, wer gewonnen hat...

Versuche zur Reform des Öffentlichen Dienstes in Deutschland 1945-1952

Link: [Institut für Zeitgeschichte](#)

Link: [Institut für Zeitgeschichte](#)

Link: [Bundeszentrale für politische Bildung](#)

Und auch heute sind alle auf unserer Seite und schützen unsere Privilegien – von der FDP bis zum DGB. Mit denen allen wollen sie anlegen? Nicht nur mit denen. Sondern auch mit allen anderen, Anwälten, Ärzten, Architekten. Die haben alle ihr eigen Altersvorsorge genauso wie Notare, Apotheker und Steuerberater. Die sind alle nicht in der gesetzlichen Rente und entziehen sich mit ihrer eigenen Altersvorsorge der Solidarität.

Leistung muss sich lohnen! FDP kritisiert Umgang der Landesregierung mit Beamten

Link: [FDP](#)

Anzahl der Beamten im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nach Gewerkschaften im Jahr 2022

Link: [statista](#)

Link: [DGB Rechtsschutz](#)

Link: [ZEIT](#)

„Die Versorgungswerke werden nach kammerfähigen Berufen und auf Landesebene organisiert. Zu den Berufen mit Versorgungswerk zählen:

Ärzte, Apotheker, Architekten, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater beziehungsweise Steuerbevollmächtigte, Tierärzte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Zahnärzte sowie jeweils partiell Psychologische Psychotherapeuten und Ingenieure.“

Link: [Ärzteversorgung Land Brandenburg](#)

Link: [Deutscher Maklerbund](#)

[Nach oben](#)

Finden Sie es nicht auch interessant, dass im Bundestag vor allem solche Menschen über Rente entscheiden, die über ihre eigene Altersversorgung verfügen und von Entscheidungen über die Rente gar nicht betroffen sind?

„Die Altersentschädigung ist Bestandteil der Entschädigung, die den Abgeordneten nach dem Grundgesetz zusteht. Sie soll die Unabhängigkeit der Parlamentarier sichern. Die Altersentschädigung schließt die Lücke in der Altersversorgung, die für Abgeordnete dadurch entsteht, dass sie im Parlament tätig sind und dafür auf eine andere, eine Altersversorgung begründende Berufstätigkeit ganz oder teilweise verzichten müssen. Denn für die Abgeordneten werden während der Mandatszeit keine Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt.

Die Zeit der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag gilt auch nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts der Beamten. (...) Um ihrem Charakter als lückenfüllende Versorgung gerecht zu werden, wird die Altersentschädigung nach einem Jahr der Mitgliedschaft gewährt. Nach dem ersten Jahr beträgt sie 2,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung und steigt mit jedem weiteren Jahr der Mitgliedschaft um 2,5 Prozent an. Der Höchstbetrag liegt bei 65 Prozent der Abgeordnetenentschädigung und wird erst nach 26 Mitgliedsjahren erreicht.”

Link: [Deutscher Bundestag](#)

Link: [Deutscher Bundestag](#)

„Ein Abgeordneter erwirbt für jedes Jahr im Bundestag einen Pensionsanspruch von etwa 250 Euro monatlich. Nach 27 Jahren im Bundestag erhalten Abgeordnete den Höchstbetrag von 67,5 Prozent der monatlichen Diäten, also etwa 6750 Euro, sobald sie ihren 67. Geburtstag feiern.”

Link: [Süddeutsche Zeitung](#)

[Nach oben](#)

DIE ANSTALT

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de

Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und
Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:

Intendant
Dr. Norbert Himmler

[Nach oben](#)

